

Herforder Zeitung

Bezugs-Preis 4.00 Mark

monatlich. Bei Postbezug 4.00 Mark und Bestellgeld. Die Zeitung erscheint täglich, außer Sonn- und Feiertag, mittags

für Stadt



Druck und Verlag: Fr. Kühle
Geschäftsstelle: Herford,
Königsstraße 29/31

und Land



Fernsprecher Nr. 83 und 181
Postfachkonto Nr. 5296
Scheidt & Hammer

Anzeigenpreis 20 Pfennig

die 10 Pfennig-Millimeterzeile oder
deren Raum für Stadt- u. Land-
kreis Herford, sonst 25 Pfennig.
Kleinanzeigen die Zeile 2.00 Mark.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Amstlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 187. (8tes Blatt.)

Herford, Mittwoch, den 11. August 1920

38. Jahrgang.

Das Neueste vom Tage.

Nach einem Beschluß des Reichskabinetts soll das Amnestiegesetz nicht auf Disziplinarverfahren, sondern nur auf Strafverfahren Anwendung finden. Die Untersuchungsbehörden sollen sofort ihre Tätigkeit einstellen, neue Disziplinarverfahren auf Grund neuer Anzeigen nicht mehr einleiten und die schwebenden Verfahren mit möglichster Beschleunigung zu Ende führen.

Nach der Vossischen Zeitung soll unter Beteiligung der Reichs- und Staatsämter in diesem Herbst eine Hochschule für Politik eingerichtet werden. Die Vorbereitungen leitet Prof. Dr. Jäckh. Unter den Lehrern wird sich eine Anzahl ehemaliger Staatsmänner und Minister befinden.

Die Bayerische Landwirtschaftskammer hat sich in ihrer ersten Sitzung unter Vorsitz von Dr. Heim für Erhaltung der Einwohnerwehr ausgesprochen.

Das Urteil gegen den Oberleutnant d. R. H. Müller wegen Mißhandlung des Fülliers Gehmke ist vom Reichsmilitärgericht aufgehoben worden.

Oberrheinischen Meldungen zufolge, hat auf den hauptsächlichsten dortigen Obst- und Gemüseerzeugern in den letzten Tagen ein erheblicher Preisschub eingeleitet. Der Rückgang der Preise wurde verursacht durch die freigegebene Einfuhr ausländischer Marktwaren.

Die Halle-Hettstedter Eisenbahn wurde heute durch den Streik sämtlicher Beamten, die eine Gleichstellung mit den Staatsbeamten verlangten, stillgelegt.

Nach der Kölnischen Zeitung wird die Konferenz in Genf voraussichtlich am 23. August zusammentreten.

Die italienische Kammer hat dem Friedensvertrag von St. Germain die Zustimmung erteilt.

Ueber alle Fragen ist auf der lettisch-russischen Friedenskonferenz eine Einigung erzielt worden. Die Unterzeichnung des Friedensvertrages wird für heute erwartet.

Die Unterzeichnung der türkischen Friedensverträge ist wiederum in Frage gestellt, weil Serbien sich weigert, die Bestimmungen über die Verteilung der ottomanischen Schulden anzuerkennen.

Wie aus Rom (Mast) gemeldet wird, trat Amundsen am 8. August an Bord der „Maud“ eine Nordpol-Expedition an.

Aufdeckung einer Spitzelzentrale.

Die linksradikalen „Kampfpäne“.

Wtb. Magdeburg, 10. Aug. In einer Mitteilung der Pressestelle des Oberpräsidiums heißt es: Den langwierigen Bemühungen ist es gelungen, hier eine Spitzelzentrale aufzudecken, die durch gefälschte Berichte über angebliche linksradikale Kampfpäne seit langem die Öffentlichkeit täuschte. Umfangreiches Material, teils halbfertige, teils fertige Kampfpäne und Aufschreibungen wurden teilweise den Ermittlern selbst beschlagnahmt. Die Organisation erstreckt sich über ganz Deutschland und steht mit der Organisation in innigsten Zusammenhänge, mit der sie auch regelmäßig ihre Vereinsnachrichten austauscht. Leiter der Spitzelzentrale ist ein gewisser Altmann. Auch das Original der kürzlich von der Magdeburger Zeitung veröffentlichten Meldung über die Sowjetrepublik in Magdeburg kammt aus dem Altmann'schen Büro und ist beschlagnahmt worden. Die Nachforschungen ergaben, daß sie frei erfunden sind. Alle weiteren Maßnahmen zur Aufdeckung der gesamten Organisation sind getroffen. Näheres kann erst nach Abschluß der Ermittlungen und Sichtung des äußeren umfangreichen Materials bekannt gegeben werden.

Neuer Zwischenfall in Wenstein.

Wtb. Wenstein, 10. Aug. Zu einem bedauerlichen Zwischenfall kam es heute nachmittag. Mehrere betrunkene italienische Soldaten zogen durch die Stadt. Als sie von Beamten der Sicherheitspolizei zur Ruhe aufgefordert wurden, kam es zu einem Wortwechsel. Dabei brachte ein italienischer Soldat einem Sicherheitsbeamten durch zwei Dolchschläge am Hals schwere Verletzungen bei. Die aufgebrachte Menge ergriff gegen die Italiener Partei und es entwickelte sich eine Schlägerei. Der Messerstecher wurde von einem hinzukommenden italienischen Offizier festgenommen.

Zusammenbruch der polnischen Nordfront.

Die russischen Vorfriedensbedingungen.

Nach und unaußaham setzen die Russen ihren Vormarsch fort und überrennen das schmählich schwächliche, aber so großmütige Polen. Gilewimmernd richtet dies immer noch seine Augen nach dem Westen, von wo die Errettung nicht kommen will und — vielleicht auch nicht mehr kann, auf jeden Fall nicht mehr so rasch. Die Russen haben die Eisenbahnlinie Danzig—Warschau unterbrochen, eine direkte Verbindung zwischen Rußland und Deutschland ist in nächste Nähe gerückt und damit eine eventuelle Blockade Rußlands zum mindesten in Frage gestellt, abgesehen davon, daß neue Truppen- und Munitionstransporte von Danzig aus unmöglich sind. In Frankreich ahnte man diese Entwicklung der Dinge schon voraus und die französische Presse gab ihren Befürchtungen bei der Besprechung der Konferenz von Ghyse mehr als Ausdruck. Man gibt offen zu, daß man Deutschlands Mitarbeit bei der Blockierung Rußlands aus dem Hause der Gleichstellung nicht verlangen könne. Man müsse bedenken, daß die Sowjetregierung Deutschland vorschlagen werde, ihnen Danzig, Polen und Schlesien zurückzugeben, dann aber sei das Gleichgewicht Europas zerstört. Marshall Foch habe gestern Abend einem Vertreter des Matin in erregtem Ausdrücken auseinandergelegt, welche Ausichten sich für Frankreich ergeben würden, wenn Deutschland, mit Menschen und Rohstoffvorräten hinter sich, wieder erklünde. Willebrand habe nachdrücklich auf die Notwendigkeit hingewiesen, sich Deutschland gegenüber nicht schwach zu zeigen. Die Frage der Blockade habe auch die Frage Deutschlands wieder aufgerollt. Man sei dahin übereingekommen, die Verhandlungsmassnahmen später zu erwägen, wenn Deutschland sichtbar verfahren sollte, eine Vergeltung vorzunehmen. Deutsch und werde überwacht. Von ihm allein werde die Haltung der Alliierten ihm gegenüber abhängen.

Diese „Haltung“ drückt sich bezeichnend in einer Pariser Meldung aus, in der Deutschland mit der Befestigung des Ruhrgebiets gedroht wird, weil es „geheimhe Verhandlungen“ mit Rußland unterhalte. Daß eine solche Beschuldigung glatt erfunden ist, braucht wohl nicht erst gesagt zu werden. Die Absichten Frankreichs sind zu durchsichtig, als daß sie erläutert werden brauchen. In Ghyse scheint niemand mit Ueberzeugung von den militärischen Massnahmen gesprochen zu haben. Verärgert durch Deutschland zu sein, heißt die deutsche Neutralität verletzen und Deutschland in Rußlands Arme zu treiben. Ueber Danzig-Warschau ist es zu spät. Die Nachbarländer zur Hilfe aufzufordern, ist eine nutzlose Verzögerung, abgesehen davon, daß man ja garnicht weiß, ob diese überhaupt geneigt wären, sich auf einen Krieg mit Rußland einzulassen. Wie sich unter diesen Umständen die Hilfe für Polen gestalten soll, bleibt abzuwarten. Die beste Lösung wäre sicherlich, wenn Polen auf die ihm von Rußland gestellten Bedingungen, über die heute Verhandlungen beginnen, eingeht, denn darüber kann kein Zweifel bestehen, daß im anderen Falle die Rote Armee sich in Polen, wohin sich die polnische Regierung zurückziehen will, den Frieden, nach ihrem Geschmack, holen wird.

Ueber Einzelheiten unterrichten folgende Meldungen:

Die Bahnlinie Danzig—Warschau unterbrochen.

Wtb. Warschau, 10. August. (Neuermeldung.) Der polnische Heeresbericht gibt zu, daß die bolschewistischen Gleisanlagen genommen und damit die Eisenbahnlinie Danzig—Warschau abgeschnitten haben.

Wtb. Berlin, 10. August. Verschiedene Abendblätter melden von der ostpreussischen Grenze: Die Russen stoßen gegen die Nordfront vor, nachdem es ihnen gelungen war, die direkte Bahn Warschau—Mlawo—Danzig zu unterbrechen und weiter in Richtung Thorn, um auch die andere Eisenbahnlinie zwischen Danzig und Warschau über Bromberg—Thorn zu unterbrechen. Zu diesem Zweck wurde der russische Nordflügel durch neue Truppen außerordentlich verstärkt. Der polnische Nordflügel, der unter großen Munitionsmangel leidet, befindet sich in voller Auflösung. Zwischen Ostrolenka und Bug drachen die Polen die große Schlacht ab, nachdem ihr kurzer Widerstand bei Monrowo gebrochen war. Auch auf der Südfront, wo die Polen sich noch am besten hielten, scheint ihr Rückzug haltlos zu werden.

Zwangsmaßnahmen gegen Rußland.

Wtb. Paris, 10. August. Der Berichterstatter der Agence Havas meldet aus Ghyse: Die beiden Ministerpräsidenten hatten Zwangsmaßnahmen gegen Sowjetrußland gebilligt, jedoch würden diese Maßnahmen nur zur Anwendung gelangen, bevor den Bolschewisten eine letzte Gelegenheit gegeben, ihre angebliche Mühsamkeit zu beweisen. Am Mittwoch findet in Minsk die erste Zusammenkunft zwischen den russischen und polnischen Unterhändlern statt. Wenn die Bolschewisten den Polen Bedingungen auferlegen, die die territoriale Integrität und die politische Unabhängigkeit antasten würden, dann werde die Haltung der Alliierten notwendigerweise davon beeinflusst. Als Maßnahmen sollen nach den Angaben des Berichterstatters die effektive Blockade Rußlands und namentlich des baltischen Meeres in Aussicht genommen werden sein. Amerika und die Rußland benachbarten Staaten, wie Schweden, Norwegen und Dänemark würden aufgefordert werden, keine Produkte und Nahrungsmittel und keine Munition nach Rußland zu senden. Nötigenfalls würden die Alliierten auch Deutschland zur Mitarbeit auffordern, um Rußland auch von der Landseite zu isolieren.

Anderer Massnahmen würden darin bestehen, gegen Rußland mit Hilfe der von dem ehemaligen russischen Reich getrennten Staaten Lettland, Litauen, Kurland und Ostpreußen eine Offensivfront aufzurichten. Das Heer des Generals Wrangel, das von der französischen Regierung unterstützt werde, soll von England Kriegsmaterial erhalten. Polen soll ferner Material und die moralische Unterstützung der Alliierten erhalten, damit es seine Unabhängigkeit aufrechterhalten könne. Selbst wenn der Korridor durchschnitten würde, werde Kriegsmaterial über die Tscheco-Slowakei befördert. Die Entsendung von französischen und englischen Truppen nach Polen sei nicht beabsichtigt. Wenn die Sowjetregierung in ihrem Widerspruch beharrt, würden Kamenew und Krasin aufgefordert, innerhalb acht Tagen London zu verlassen. Die Konferenz habe auch einen Augenblick darüber verhandelt, ob man die Regelung des polnisch-russischen Streites dem Völkerbunde zuweisen solle. Sie hätten aber festgestellt, daß diesem noch die notwendigen Aktionsmittel fehlen und daß es vielleicht zu einem für die Zukunft des Völkerbundes unangenehmen Mißerfolg kommen würde.

Millerand schweigt sich aus.

Wtb. Paris, 10. August. Auf der Reise nach Paris gewählte Ministerpräsident Millerand einem Berichterstatter des Echo de Paris eine Unterredung. Er sagte, er könne Erklärungen über die Ergebnisse der Beratungen in Ghyse nicht abgeben. Er habe Lloyd George das Versprechen gegeben, keine Mitteilung zu geben, bevor Lloyd George im Unterhause nicht selbst gesprochen habe. Jedoch erklärte Millerand, der Vertrag von Versailles habe Polen unabhängig gemacht und das werde aufrechterhalten. Er habe ferner Polen Grenzen gegeben, die nicht nur zum eigenen Schutz, sondern auch zur Sicherheit Europas dienen sollten. Auch dies würde aufrechterhalten. Besteres aber — fügt der Berichterstatter hinzu — sagte Millerand mit besonderem Nachdruck. Millerand erklärte auch, es sei stupid, zu erklären, Frankreich werde mobilisieren.

Die Entente-Unterstützungen.

Wtb. Amsterdam, 10. August. Telegrafisch erfährt von unterrichteter Seite, es bestähe die Annahme, daß die Alliierten beschloßen haben, Polen durch technische Ratgeber, durch Munitionsforderungen und einige Massnahmen zur See zu unterstützen, nicht aber durch Entsendung von Truppen. Die Konferenz zwischen russischen und polnischen Vertretern werde Mittwoch in Minsk stattfinden. Kamenew und Krasin würden in London bleiben, um die englische Regierung über die Besprechungen in Minsk auf dem laufenden zu halten.

Polnischer Heeresbericht.

Wtb. Warschau, 11. August. (Eig. Draht.) Die Kämpfe bei Biedanow dauern noch an. Die Besatzung von Mlawo wies alle Angriffe des Feindes ab. Zwischen Mlawo und Bug haben sich schwere Kämpfe entwickelt, in denen der Feind, ungeachtet stärksten Einsatzes, unsere Linien nicht durchbrechen konnte. Westlich von Wengrow dauern die Kämpfe an. Westlich von Siedce fanden weitere Umgruppierungen unserer Abteilungen statt, jedoch ohne Fühlung mit dem Feind. Westlich von Sopot in der Gegend von Gorodow haben Abteilungen der ersten Regionär-Division in neuen Anfallen die 72. Sowjet-Infanterie-Brigade aufgerieben. Acht Geschütze und einige Hundert Gefangene fielen in unsere Hand. Zwischen Sereth und Strypa Kämpfe, die für uns und die ukrainischen Truppen günstig verliefen.

Was Polen zu erwarten hat.

Wtb. Rotterdam, 10. August. Der Londoner Korrespondent des Manchester Guardian erklärt: Wenn Polen auf den Konferenz in Minsk nicht im Voraus dem aufgestellten Vorfriedensvertrag zustimme, so würden die Waffenstillstandsbedingungen sehr hart sein; wenn Polen sich dagegen den Vorfriedensbedingungen unterwerfe, so würden die Waffenstillstandsbedingungen nicht so streng sein. Die grundsätzlichen Bedingungen, die Polen vorgelegt werden, seien folgende:

Das polnische Heer wird auf Friedensstärke gebracht, Polen nimmt kein Kriegsmaterial irgend welcher Art von der Entente an. Die russische Regierung wird dafür ihre Versprechen, eine günstigere Grenze als die vom Obersten Rat festgesetzte vorzuschlagen, erfüllen.

Weitere Bedingungen sind nach dem Manchester Guardian: Freier Handelsverkehr durch Polen, eine Art Amnestie für alle politischen Verbrecher.

Vor der Uebersiedelung der polnischen Regierung.

Wtb. Amsterdam, 10. August. Der Times-Korrespondent in Warschau telegraphiert vom 8. August: Die polnische Regierung soll nach amtlichen Mitteilungen nach Polen übersiedeln, einige Minister ausgenommen. Vorläufig bleibe die Regierung in Warschau. Der Korrespondent bemerkt, daß man im Falle eines Wegganges die Gefahr befürchtet, daß in Warschau eine neue Regierung gebildet werden könnte.

Graf Oberndorff bleibt in Warschau.

Wtb. Köln, 10. August. Nach der Kölnischen Zeitung bleibt der deutsche Gesandte Graf Oberndorff vorläufig in Warschau. Das diplomatische Korps wird nach gemeinsamer Beschlußfassung mit der bolschewistischen Regierung und dem überaus größten Teil der Beamtenschaft des diplomatischen Korps nach Polen übersiedeln.

Die Missionschefs verbleiben zunächst noch mit der polnischen Regierung in Warschau.

Ungarns Sympathie für Polen.

Wth. Kopenhagen, 10. August. Nach einem Telegramm der Berlingske Tidende aus Warschau meldet die polnische Presse aus ministerieller Stelle, daß in Warschau eine Abordnung des ungarischen Parlaments eingetroffen ist, die die Größe des ungarischen Volkes überbringt mit der Versicherung, daß die ungarische Nation bereit sei, Polen zu Hilfe zu kommen. Ungarn könne Polen 10 000 Mann Mannern senden, außerdem Munition, Getreide und Lazarette.

Frankreich sucht einen Einmarschgrund.

tu. Rotterdam, 11. August. (Sig. Draht.) Nieuwe Rott. Surant meldet aus Paris: Wenn Deutschland nicht sofort die geheime Verständigung (!) zwischen ihm und Sowjetrußland gegen Polen aufhebt, wird ein äußerst heftiger Einspruch Frankreichs erfolgen. Dieser wird in einer ausgiebigen Demonstration mit französischen Truppen bestehen, nach der Sanktion, die die Konferenz von Spa ergeben hat für den Fall, daß Deutschland bis zum 10. September nicht die festgesetzte Menge Kohlen abgeliefert hat. Es ist klar, was darunter zu verstehen ist. Würde man Deutschland zugeföhren, den Vertrag im Osten zu schänden, würde der ganze Vertrag ins Wasser fallen.

Amerika für Rußland.

Wth. Paris, 10. August. Nach einem Telegramm des Echo de Paris aus Washington wird das Ergebnis der Beratungen im Weißen Hause, an denen Wilson, Staatssekretär Colby und die Unterstaatssekretäre Davis und Bainbridge teilnahmen, eine Erklärung veröffentlicht, in der es u. a. heißt: Die russische Armee ist keine bolschewistische Armee, sondern eine russische Armee, deren Generalsstabschef, General Brussilow, einer der bedeutendsten Offiziere des alten Regimes ist. — Die Russen hätten keine territorialen Absichten und müßten zugestehen, daß sie die Souveränität Polens nicht antasten wollen. Die amerikanische Politik wünsche, das russische Gebiet sicher zu stellen, bis das russische Volk seine inneren Angelegenheiten geregelt habe. Dadurch hoffe sie, die Wiederherstellung des Friedens und der Ordnung in Rußland zu beschleunigen. — Nach dem Platte haben also die Vereinigten Staaten gegen Polen Stellung genommen.

Internationale Propaganda gegen eine Unterjochung Polens.

Wth. Haag, 10. August. Das internationale antimilitaristische Büro hat in einem Aufruf die Kopf- und Handarbeiter in allen Ländern, welche für eine Beteiligung an einem Angriff der Entente gegen Rußland in Frage kommen könnten, aufgefordert, sich dagegen kräftig zu widersetzen.

Wth. Amsterdam, 10. August. Der Telegraaf meldet aus London: Die U. S. A. hat einen Appell an die englische Arbeiterschaft gerichtet, ihren Einfluß zur Anwendung zu bringen, um zu verhindern, daß englische Soldaten in Danzig als Streikbrecher gebraucht werden.

Generalsstreik zum Schutze Rußlands.

Wth. London, 10. August. (Neuter.) In der Versammlung der Arbeiterpartei und des Gewerkschaftsbundes kam eine Entschließung zur Annahme, in der die Regierung darauf hingewiesen wird, daß die ganze Macht der organisierten Arbeiterschaft zur Anwendung gebracht wird, um den Krieg gegen Sowjetrußland, auf den hingearbeitet werde, zu verhindern. Ein Ausschuß wurde eingesetzt, der die Aufgabe hat, eine internationale Arbeiterkonferenz einzuberufen, auf deren Weisung hin alle Mitglieder der angeführten Vereinigungen die Arbeit einzustellen haben.

Wth. Danzig, 10. August. Die polnische Regierung unterband den gesamten Fernsprech- und Telegraphenverkehr mit Polen.

Kirchdornberg.

Die Vieselfelder Stadtverordnetenversammlung wird sich heute nachmittag mit der beantragten Bewilligung von 800 000 M. für den weiteren Ausbau von Kirchdornberg zu beschäftigen haben. Direktor Brüggemann hat dazu einen schriftlichen Bericht ausgearbeitet, dem wir folgendes entnehmen:

Ursprünglich bestand die Absicht, die gesamten Arbeiten und Lieferungen einem Generalunternehmen zu übertragen, und zwar an eine Firma, die bereits an den Vorarbeiten beteiligt war. Da sich jedoch schon in den ersten Verhandlungen herausstellte, daß diese

nicht genügend fachkundig war,

wurde beschlossen, den Bau in eigener Regie auszuführen und einen Bergwerksfachverständigen zur Beratung des Vorstandes und zur Oberleitung der Arbeiten anzustellen. Hierzu wurde auf mehrseitige Empfehlung hin der frühere Bergwerksdirektor Hohendahl in Bochum gewonnen. Als örtlicher Betriebsleiter wurde der Diplomingenieur für Bergbau Loens angestellt. Nachdem die Ausführung des Baues in eigener Regie am 10. Oktober 1919 beschlossen war, kam es zunächst darauf an, wegen der andauernd steigenden Preise möglichst schnell alle für die Wiederinstandsetzung der Anlagen und den späteren Betrieb erforderlichen Baustoffe und Maschinen zu beschaffen, was auch zum größten Teil noch vor dem 1. Januar 1920 gelang, sodaß die nachher eingetretenen stärksten Preissteigerungen nur für einen geringen Teil der Anschaffungen in Betracht kamen. Mit den ersten Arbeiten, dem Aufräumen in unmittelbarer Nähe des Schachtes und im Schacht selbst, dem Bau von Aufenthaltsträumen für die Arbeiter, Schmiede- und Tischlerwerkstätten und eines Raumes zur Unterbringung eines Förderhahns wurde sofort begonnen.

Zur Beschaffung der erforderlichen Kraft für die Förderhahns, zum Aufräumen des Schachtes, für die Pumpe zum Absumpfen und für die Beleuchtung wurde von dem zwei Kilometer entfernten Schalthaus in Dornberg ein Hochspannungskabel nach dem Zechenplatz verlegt und auf dem Platze die erforderlichen Transformatorenanlagen erbaut.

Während der Vornahme dieser Arbeiten wurde auch der Bau eines Stollen durchgeführt, um eine Verbindung zwischen dem noch nicht verschütteten Teil eines in 27 Meter Tiefe in den Schacht mündenden Stollens und dem unterirdischen Kanal herzustellen, durch den früher das Zechenwasser abgeleitet wurde. Durch Herstellung dieses Verbindungsstollens wird es möglich, das aus dem Schacht zu fördernde Wasser in einer Tiefe von 27 Meter durch den Stollen abzuleiten, wie es auch früher geschah, und durch die

verringerte Förderhöhe eine bedeutende Ersparnis an Betriebskosten zu erzielen.

Alle diese Arbeiten schritten planmäßig und rasch voran. Als jedoch der Schacht bis auf 23,5 Meter von den Verschüttungen befreit und ausgebaut war, und von dieser Tiefe ab mit dem Auspumpen des Wassers begonnen werden mußte, stellte sich heraus, daß die hierfür vorgesehene Gesteinsepumpe sowohl wegen ihrer mangelhaften Bauart als auch ihrer zu geringen Leistung

ganz ungeeignet

war. Nach 35tägigem Betrieb, der infolge der dauernden Schäden der Pumpe eine Absenkung des Schachtwassers um nur 7 Meter von 23,5 auf 30,5 Meter brachte, und dementsprechend auch den Ausbau des Schachtes nur bis 30,5 Meter Tiefe gestattete, wurde die Pumpe auf Veranlassung des Grubenvorstandes ausgebaut und schnellig mit maßgebenden Firmen wegen Lieferung einer betriebsfähigen und technisch einwandfreien normalen Abieftpumpe verhandelt. Dieses Vorgehen des Grubenvorstandes führte dazu, daß der damalige Sachverständige, Direktor Hohendahl,

sein Amt niederlegte.

An seine Stelle trat Bergat Wille, der zunächst eingehende Nachforschungen über die geologischen Verhältnisse des Zechengebietes unternahm. Inzwischen wurde der Bau des Maschinenhauses zur Unterbringung des Luftkompressors und der endgültigen elektrischen Schalt- und Transformatoranlage, Reparaturwerkstatt usw. in Angriff genommen, der bereits im Rohbau fertig ist.

Entgegen der Ansicht des Direktors Hohendahl, der in seinem Gutachten mit einer Abbaumöglichkeit von 600 000 Tonnen Kohlen rechnete, kommt Bergat Wille auf Grund seiner Prüfung der geologischen Verhältnisse und der vorhandenen Literatur über den Kohlenbergbau bei Dornberg zu dem Ergebnis, daß bis zu einer Tiefe von 300 Meter wahrscheinlich nur eine Kohlenmenge von

ungefähr 160 000 Tonnen

abbaufähig sei. Dieses wenig erfreuliche Ergebnis beeinträchtigt selbstverständlich die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens und drängt zunächst zu der Frage, ob es unter diesen Umständen noch angebracht sei, die angefangene Arbeit überhaupt zu Ende zu führen oder die vorhandenen Maschinen usw. unter Ausnutzung der heutigen Konjunktur zur Deckung des bisher inopierten Kapitals zu verkaufen. Zur Prüfung und Entscheidung dieser Frage dient die nachstehend aufgeführte Wirtschaftlichkeitsberechnung.

Nach dem seinerzeit von Direktor Hohendahl aufgestellten Voranschlag beliefen sich die Kosten für die Aufräumungsarbeiten, Beschaffung der erforderlichen Maschinen, sowie für alle anderen Arbeiten und Lieferungen bis zum Beginn der Kohlenförderung auf 1 000 000 M. Infolge der zwischen Bestellung und Lieferung der Maschinen usw. größtenteils um das 3-5fache gestiegenen Preise und der gewaltigen Steigerung der Löhne reicht dieser Betrag heute nicht mehr aus. Es wurden bis zum 1. Juli 1 Million Mark veranschlagt.

Hinzukommen noch die Kosten für definitive Kraft- und Lichtanlagen, Kabel, Schachtpumpe, Förderseile, Böhne usw., die insgesamt bis zum Beginn der Kohlenförderung auch rund 1 Million Mark betragen werden.

Die Gesamtkosten für die Wiederinbetriebsetzung der Zeche werden also

rund 3 Millionen Mark

erfordern.

Nach dem Gutachten des Bergat Wille kann nur mit einer abbaufähigen Menge von ungefähr 160 000 Tonnen gerechnet werden. Ferner ist bei den besonderen Verhältnissen, die für den Betrieb der Zeche in Betracht kommen, insbesondere auch wegen der Wohnungsverhältnisse für die Bergleute, nach dem Gutachten mit einer

täglichen Förderung von 50-60 Tonnen

zu rechnen. Hiernach würde sich eine Gesamtförderzeit für die abbaufähige Gesamtmenge von ungefähr 10 Jahren ergeben. Das aufgewendete Kapital ist daher in 10 Jahren abzuschreiben. Bei drei Millionen Anlagkapital würde daher bei 10 Prozent Abschreibung und 5 Prozent Verzinsung der Kapitaldienst jährlich 450 000 M. erfordern, das macht bei einer Jahresförderung von ungefähr 16 000 Tonnen 28 M. auf die Tonne oder 1,40 M. auf den Zentner, ein bei den heutigen und wohl auch eine Reihe von Jahren noch bestehenden Kohlenpreisen verhältnismäßig geringer Betrag. (?)

Eine weitere Rechnung unter Ansatz des obigen Betrages von 28 M. für Verzinsung und Abschreibung, der Böhne und der sonstigen Betriebskosten in der heutigen Höhe, sowie einer bei den vorliegenden ungünstigen Verhältnissen angenommenen Schichtleistung eines Mannes von 0,35 Tonnen ergibt die Gesteungskosten einer Tonne ab Zechenplatz von 271 M., oder 13,50 M. pro Zentner.

Hiernach dürfte mit Rücksicht auf die heutige schwierige Kohlenlage, in der sich das Reich befindet, der Abbau der im Zechenfeld bei Dornberg nach vorläufiger Schätzung vorhandenen Kohle wohl zu empfehlen sein und die dafür aufzuwendenden Mittel, von denen die Stadt noch 800 000 M. aufzubringen hat, gerechtfertigt erscheinen.

Soweit der Bericht des Direktors Brüggemannschmidt. Unsere Mahnung zur allergrößten Vorsicht und Zurückhaltung dem Unternehmen gegenüber ist dadurch aufs kräftigste gestützt.

Herford u. Minden-Ravensberg.

Fernsprech-Anschluß der Schriftleitung Nr. 151.

11. August.

Eine Musterverordnung über den Wohnungsmangel.

Der Reichsarbeitsminister Dr. Braun veröffentlicht im Reichsanzeiger den Entwurf einer Musterverordnung über den Wohnungsmangel und die Beschlagnahme von Wohnungen im Anschluß an das Gesetz über Beschlagnahmen gegen Wohnungsmangel vom 11. Mai d. Zs. Dazu wird

bemerkt: Bei der Abfassung dieser Musterverordnung ist der zuständigen obersten Landesbehörde die Möglichkeit offen gelassen worden, die Verordnung für das Gebiet einer einzelnen oder mehrerer Gemeinden zu erlassen. Um tunlichste Einheitlichkeit der geltenden Vorschriften im Reich zu erzielen, bittet der Minister, die Bestimmungen für Gemeindebehörden zu Grunde zu legen. Der Entwurf geht dem preussischen Wohlfahrtsministerium und den entsprechenden Ministerien der Länder zur Begutachtung zu. Die Aufnahme weitgehender Bestimmungen für die Beschlagnahme von Teilen großer Wohnungen, etwa in der Art, daß dem Inhaber der Wohnung jeweils ein Raum mehr belassen werden muß, als die Zahl der Personen des Haushalts beträgt, wird vom Minister als nicht zweckmäßig bezeichnet. Als Beschränkung wird in der Verordnung regelmäßig das Eingangsamt genannt. In Ländern mit bergbaulichen Unternehmungen, insbesondere auf dem Gebiete des Kohlenbergbaus, wird der mit der Errichtung besonderer Bergmannswohnungen verfolgte Zweck vielfach dadurch vereinfacht, daß die neuerrichteten Wohnungen zwar von Bergleuten bezogen, daß jedoch die freierwerbenden Wohnungen Arbeiter anderer Berufsstände zugewiesen werden, so daß eine Vermehrung der Wohngelegenheit für Bergarbeiter nicht eintritt. Zur Vereinfachung dieses Mißstandes empfiehlt der Minister die Aufnahme folgender Vorschrift: Wohnungen, in denen Arbeiter oder versicherungspflichtige oder versicherungsberechtigte Angestellte oder diesen sozial gleichstehende Beamte des Kohlenbergbaus wohnen, dürfen nur zur Unterbringung von Personen der gleichen Berufsgruppe in Anspruch genommen werden. Diese Vorschrift bezieht sich also nicht nur auf Bergmannswohnungen, sondern auf alle Wohnungen, die von Personen der benannten Berufsgruppen bewohnt sind. Eine Ausdehnung der Vorschriften auf Personen, die in anderen lebenswichtigen Betrieben beschäftigt sind, stellt der Minister, falls sich die Notwendigkeit hierfür ergeben sollte, anheim. Im einzelnen werden in der Verordnung eingehende Bestimmungen über die Erfassung des verfügbaren Wohnraumes und die Anzeige und Auskunftspflicht gemacht. Als unbewohnt gelten Wohnungen und Räume, wenn sie vollkommen leerstehen oder nur zur Aufbewahrung von Sachen dienen, sofern dem Verfügungsberechtigten eine andere Aufbewahrung ohne erhebliche Kosten zugemutet werden kann. Bei der Beschlagnahme von Wohnungen ist auf den Verfall der Räume und persönlichen Verhältnisse des Inhabers der Räume möglichst Rücksicht zu nehmen. Eingriffe auf Grund der Verordnung sollen nur erfolgen, nachdem der Versuch einer gütlichen Einigung erfolglos geblieben ist. Gegen eine von der Gemeindebehörde auf Grund dieser Verordnung im Einzelfalle getroffene Verfügung findet die Beschwerde an das Eingangsamt statt. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Verordnung werden mit Geldstrafen bis zu 10 000 M. und mit Haft bestraft.

Aufhebung der Kartoffelzwangsbewirtschaftung.

Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft haben in letzter Zeit Verhandlungen über die Frage der Aufhebung der Kartoffelzwangsbewirtschaftung mit Vertretern der Landwirtschaft, des Handels und der Konsumenten stattgefunden. Die gleiche Frage war Gegenstand eingehender Erörterungen im Unterausschuß für Ernährung und Landwirtschaft des Reichstagesrates und im Landwirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages. Mit Rücksicht auf die guten Ernteausichten haben diese Ausschüsse übereinstimmend der Reichsregierung vorgeschlagen, vom 15. September 1920 ab die öffentliche Bewirtschaftung der Kartoffeln mit der Maßgabe aufzuheben, daß die auf Grund der Verordnung vom 21. Mai abgeschlossenen Verträge bestehen bleiben und eine starke Reichsreserve zur Überwindung etwaiger während der Herbst- und Wintermonate eintretender Notstände gebildet wird. Es ist damit zu rechnen, daß ein entsprechender vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft ausgearbeiteter Verwaltungsentscheid Mitte August vom volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages angenommen wird, sodaß dem Handel von da ab die zur Anknüpfung seiner geschäftlichen Beziehungen erforderliche Bewegungsfreiheit gegeben und er in den Stand gesetzt ist, Kartoffeln zur Belieferung nach dem 14. September 1920 anzuschaffen. Um die Preisbildung auf dem Markt für Speisekartoffeln nicht zu beunruhigen, sei schon jetzt darauf hingewiesen, daß die Kartoffelverarbeitung, insbesondere die Brennereien, mit einer Einschränkung ihrer Betriebe zu rechnen haben werden.

— Das Wetter am Donnerstag: Zunehmend bewölkt. Tag ziemlich warm. Regen, teilweise Gewitter.

— Das Ende der Reichsfleischkarte. Von zuständiger Stelle wird den P. P. A. mitgeteilt: Durch Verordnung vom 7. August ist nunmehr die Reichsfleischkarte mit Wirkung vom 23. August 1920 aufgehoben und durch die Karte der öffentlichen Fleischverteilung ersetzt worden. Wahlweise ist auch die Gemeindefleischkarte, falls darauf von dem einen oder anderen Lande besonderer Wert gelegt werden sollte, zugelassen. — Die Aufgabe geschah, weil die Reichsfleischkarte ihren Zweck, den Fleischverbrauch im Gasthausverkehr zu überwachen, immer mehr verloren hat und für die Überwachung des Verbrauchs in den einzelnen Haushaltungen die Kundenlisten in den Schlachtereien ausreichen.

— Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung von Oelfleisch. Im Verfolg der Verordnungen über die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung wird jetzt bekanntgegeben, daß auch das Gesetz über die Zwangsbewirtschaftung von Raps, Rüböl, Sonnenblumen, Senf, Datteln, Mohr, Wein und Obst vom 16. August 1920 außer Kraft tritt.

— Der Steuerabzug vom Lohn. Wie aus dem Finanzministerium verlautet, ist nicht damit zu rechnen, daß noch eine Änderung in den Bestimmungen über den Steuerabzug vom Lohn eintreten wird. Das Ergänzungsgesetz wird vielmehr binnen kurzem durchgeführt werden. Damit werden alle Vermutungen über eine Änderung der vorläufigen Ausführungsbestimmungen hinfällig. Die en-

Das Ergänzungsgesetz
durchgeführt werden
eine Aenderung des
Gesetzes. Die em

Bad Salzungen, 10. Aug. Die heute und Freitag im Unterhaltungssaale stattfindenden zwei Gastspiele des Hofkünstlers Vellachini aus Marburg seien nochmals in Erinnerung gebracht. Es wird darauf hingewiesen, daß für jeden Abend ein neues Programm vorgelesen ist. Am Donnerstag nachmittags und abends, konzertiert die Kapelle.

Zum Schluß noch die Zlegung folgende Entschiedenheit an, in der die Grundsätze für die Finanzisierung der Berufsorganisationen niedergelegt sind: 1. Der Handwerkervertrag verlangt im Hinblick der gegenwärtigen Gefahr für den Bestand des Handwerks, daß die Handwerker in entschiedener Weise aus sich herauszutreten und alle Kleinigkeit in der Finanzisierung ihrer Berufsorganisation abstreifen. Der Beitrag ist nicht Personensache, sondern Sache des Berufs.

Verantwortlicher Redakteur: Joseph Herbert Reis; für
den Inseratenteil verantwortlich: G. Beise; beide in Gersdorf

Für die vielen, liebevollen Beweise herzlichster
Teilnahme bei dem Heimgange meiner lieben Frau
und guten, unvergeßlichen Mutter sagen wir unseren
innigsten Dank.

Adolf Wöller.
Rudolf Wöller.

Bad Salzuflen (Unterhaltungssaal).
Mittwoch, den 11. und Freitag, den 13. August
abends 8 Uhr:

Zwei Gastspiele des Hofkünstlers Bellachini
aus Marburg.

Jeden Abend neues Programm. Karten an der Theaterkasse.
Donnerstag, den 12. Aug., 4-6 und 8¹/₂-10 Uhr:
2 Militär-Konzerte.
Für Kurkarteninhaber nachmittags frei, abends 50 Pfg.,
sonstige Besucher 2 Mark.

Musikverein.

Beginn der diesjährigen Chorproben

Donnerstag dieser Woche
in der Aula des Gymnasiums.

Der Komponist **Waldemar v. Baußnern** erläutert
an diesem Abend sein Werk: Das hohe Lied vom
Leben und Sterben. Auch Nichtmitglieder sind herzlich
willkommen. Anfang pünktl. 8 Uhr. Eintritt frei.
Neuanmeldungen in der Probe.

Flachsablieferung 1920.

Die Flachsroßbank **Hermann Windel**, Win-
delsbleiche hat mit auch in diesem Jahre den

Aufkauf der Flachsenernte
im Stadt- und Landkreis Herford

übertragen.

Sie werden demnach wieder mit den regelmäßigen
Beratungen beginnen, jedoch die Landwirte Gelegenheit
haben, ihre gesamte Flachsenernte in jeglichem Um-
fange als Strohflachs zur Ablieferung zu bringen,
was für sie in Anbetracht der erheblichen Arbeits-
ersparnis bedeutend angenehmer und vorteilhafter ist, als
wenn sie ihren Flachs selbst rösten und ausarbeiten.

Die Abnahmepreise sind gegen das Vorjahr be-
deutend erhöht und betragen je nach der Beschaffenheit
des abgelieferten Flaches

für Strohflachs M. 70.— bis M. 100.— für 100 Kgr.
für Röhrlachs M. 125.— bis M. 175.— für 100 Kgr.

Außerdem zahlt die Firma Hermann Windel für vor-
schriftsmäßiges Bündeln des Flaches eine Sonder-
vergütung von M. 3.— für 100 Kgr.

Die den Flachsarbeitern auf Grund ihrer Flachsablieferung
zustehenden **Leinwand** (Reißleinen, Rohleinen, Drilling,
Taschenleinen, Handtuchleinen, Nähgarn usw.) werden von
der Firma Hermann Windel, Windelsbleiche,
ebenfalls geliefert und können auf Wunsch da-
selbst in Empfang genommen werden, wobei Son-
derwünsche, soweit als möglich, Berücksichtigung finden.

Sie bitten die Flachsarbeiter, mir gefl. mitzuteilen, wie-
viel **Leinwand** Flachs ungefähr zur Ablieferung kommen
werden und wann voraussichtlich geliefert werden
kann, worauf ich ihnen über Ort und Zeit der demnach
zustehenden Beratungen nähere Mitteilungen zugehen lassen
werde.

Jede weitere gewünschte Auskunft in Bezug auf die Be-
handlung und Abnahme des Flaches wird durch die Firma
Hermann Windel, Windelsbleiche sowie durch mich gern erteilt.

Gustav Wellhölder,

amtl. Flachsankauf, Everdissen Nr. 121,
(Kr. Herford).

Geschlechts-Kranke

Rasche Hilfe! —
Doppelte Hilfe!

Harnröhrenentzündung, fester und veralteter Aus-
fluss, Blennorrhoe, Syphilis, ohne
Behandlung, ohne Einwirkung u. andere Gifte,
Mannschwäche, sofortige Hilfe. Über jedes der drei
Leiden ist eine ausführliche beschreibende Broschüre er-
schienen mit vollständigen ärztlichen Ratschlägen und tau-
send freiwilligen Dankeserweisen. Zusendung
kostenlos gegen Einsendung von 60 Pfg. für Porto in
verschlüsselter Doppelhülle ohne Aufdruck durch
Spezialarzt Dr. med. Dammann,
Berlin G. 77, Potsdamer Str. 123 B.
Sprechstunden: von 9-11 u. 2-4 Uhr.
Sonntags 10-11 Uhr. Genane Angabe
des Leidens erforderlich, damit
die richtige Broschüre gesandt
werden kann.

Uebernahme

Lastfahrten

mit Kraftwagen.

H. Koch,

Unter den Linden 13. Telefon 426.

In einer Stunde vertilgen **Garantie** Kopf-, Filz-,
Läuse Sie unter **Garantie** und Kleider-
s. Brut (Niss), Flöhe b. Mensch u. Tier.
Eckolda, pat. gesch. Mittel. Wund.
unschädlich. Verkauf **Herford**: Friseur
Schlemmer, Radewigerstrasse 33.

Zurückgekehrt!

Dr. Krenzel

prakt. homöopath. Arzt.

Bin bis zum
21. August

verreist.

Dr. med. Weinberg.

Restaurant

„Zur alten Börse“

Herford, Sänkehergstraße.

Jeden Sonntag v. 4-11 Uhr

Konzert u. Tanz

Angenehmer Aufenthalt.

Ballspiel - Radewig 12.

Freitag, den 13. d. Mts.

abends 8¹/₂ Uhr, findet im

Vereinslokal „Gasthof zum

Adorn“ eine außerordentliche

Mitglieder-

Bersammlung

statt.

Pünktliches Erscheinen erfor-

derlich.

Aufnahme neuer Mitglieder.

Der Vorstand.

Zur

Warenauszeichnung

empfehle

la. Stempeldruckfäßen

komplett m. Buchstaben, Zahlen

und Bezeichnungen.

Küßner, Stempelgeschäft,

Rennstraße 27.

Freibant (Schlachthof).

Morgen früh 8 Uhr.

Empfehle morgen Donnerstag:

prima dicettes

Fleisch

Paul Dehmann,

Credenzer 34. Telefon 657.

3 ostfriesische Milchschafe

ein Schafstod im Alter von

1¹/₂ Jahr und zwei Schafstod

im Alter von 1¹/₂ u. 3/4 Jahr

zu verkaufen.

Heinrich Weitkamp,

Schweicheln 141 b. Herford

Ende auf sofort

3000 Mark

für drei Jahre gegen gute Ver-

zinsung u. Sicherheit zu leihen.

Gefl. Angebote unter A. M.

9616 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Taschenuhr mit Kette

von der Fürstenauteil, Schlach-

thofstr. bis Baustelle Bismar-

straße verloren. Wiederbringer

erhält Belohnung.

Abzugeben **Göbenstr. 62.**

Ein gut erhaltenes

Fenster

zu verkaufen. Größe 170x115.

Nachstr. unter Nr. 9622 in

der Geschäftsst. d. Ztg.

Tasche

abzugeben.

Rennstraße 50.

Herbst- u. Winter-Hüte

für Damen, Herren u. Kinder

zum Umpressen, Färben und Reinigen werden bei
tadelloser Ausführung zu billigsten Preisen
schnellstens fertig gestellt. Ca. 20 Formen
für Umpresshüte liegen bei mir
zur Wahl aus.

Hermann Heimann
Höckerstrasse Nr. 2

Achtung!

Auf vielseitigen Wunsch bin ich am **Sonntag, den**
14. August, von 9 Uhr vormittags an, wieder einmal in
Herford im Restaurant zur Krone, Bräderstraße 38, und
tausche in der altbekannten Weise gegen **gewaschene und**
ungewaschene Schafwolle, sowie auch wollene Strumpf-
abfälle **meine bekannten guten**

Strickgarne

ein. Als neu aufgenommen bringe ich auch **Anzugstoffe**
zum sofortigen Umtausch mit.
Niemand veräume die äußerst günstige Gelegenheit.

Hugo Montag,

Wolle n. groß,
Mühlhausen i. Thüringen.

Alle Sorten

Waschmittel

kaufen Sie am besten
und billigsten in der Ver-
// kaufsstelle der //

Sparo-Gesellschaft

Neuer Markt 4.

Flachsenernte 1920.

Auch in diesem Jahre ist die Beschlagnahme
von Flachs nicht aufgehoben worden. Von der
deutschen Flachs-Gen. Berlin ist mir für die Ernte
1920 der Kreis Herford zur Abnahme von sämt-
lichen Flachsarten überwiesen worden. Die fest-
gesetzten Preise sind folgende:

Röhlachs 125.— bis 175.— M. p. 100 kg
Strohflachs 70.— bis 100.— M. p. 100 kg

Um die Spinnereien mit dem dringend feh-
lenden Flachs schnellstens beliefern zu können,
wird ersucht, den Flachs nach Möglichkeit zu
rösten, unter rösten versteht man das Ausbreiten
des Flaches auf Wiesen oder Stoppelfeldern.
Die kleinen Flachsbündel dürfen nicht in Stroh
gebunden werden.

Für die freie Anfahrt des Röhl- und Stroh-
flaches nach meiner Schwingerei in Neuentkirchen
vergüte ich bis zu 10 km 250 Mk. per 100 kg,
über 10 km 5.— Mk. per 100 kg.

Diejenigen Landwirte, welche ihren Flachs
auf den Bahnhöfen verladen wollen, bitte ich, mir
frühzeitig Nachricht zu geben.

Auskunft über jede Nachfrage wird bereit-
willigst erteilt.

Wilhelm Vormbrock,

Flachsschwingerei, Neuentkirchen (Kr. Melle).

Lesen Sie

die Herforder Zeitung
für Stadt und Land und
Sie sind stets im Bilde.



Ist auch die Zukunft
gar nicht klar,
Erdal ist wieder
wie es war.

Schuhputz
Erdal
schwarz / gelb / braun / rotbraun
Alleinhersteller: **Werner & Mertz, Mainz**

Die teilweise geradezu glänzenden Berichte,
die von den verschiedensten Seiten über mein
Maul- u. Klauenheute-Heil- u. Vorbeugemittel
einlaufen, veranlassen mich, dieselben der Allgemei-
heit nunmehr zur Verfügung zu stellen. Mit einem
verhältnismäßig geringen Kostenaufwande sind sie
unter den Namen **Dupla-Mittel** in allen
Apotheken erhältlich.

August Schall, Bad Salzuflen,
Hermannstr. 38. Fernsprecher 485.

Kleines Stempel Stempelwaren
Rennstr. 27
M. Küßner, Herford

Druckfachen
aller Art liefert prompt
Fr. Kuhle
Herford // Rennstraße.

Sie Selbstverständlich Sie

Sparen viel Geld, wenn Sie Ihren Bedarf, an
Fahrrädern, Gummi u. Zubehörteilen
bei mir beden, mein günstiger Einkauf ist Ihr
Nutzen. Besichtigen Sie bitte meine Ausstellung.

Fahrradhaus Biermann, Gänsemarkt 7.

Gewandte
Stenotypistin
welche flott stenogra-
phieren kann, z. bald.
Eintritt gesucht.
J. Elsbach & Co.
Alltagsgeschäft.

Buchhalter
oder **Buchhalterin**
zur Aushilfe gesucht.
Gebr. Lake,
Hauschuhwarenfabrik,
Schweicheln

Suche mehrere
Stellen z. Waschen.
Diebstrockerstr. 49.

Junges, ordentliches
Mädchen
als angehende Helferin gesucht.
Neukädter Apotheke.

Lüchtige, perfekte
Oberhemdenplätlerin
gegen hohen Lohn, zu sofort
gesucht.
Wäscherei Kuhnhenne,
Stiftbergstraße 16.

Wegen Erkrankung meines
jetzigen, erfahrenen
Mädchen
zu sofort gesucht.
Frau Rothe,
Vederhandlung, Bräderstr. 15.

Suche zum 1. Oktober ein
tüchtiges
Mädchen.
Frau Martha Ashoff,
Wittelsdorfstr. 8.

Empfehle mich außer dem
Hause zum **Bügeln** sämtlicher
Haus- u. Herrenwäsche.
Frau Berta Bäumer,
Steinortstr. 16.

Suche für sofort oder später
kleineres Zimmer
als Werkstatte.
Angebote u. Nr. 9627 an die
Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Junges Mann sucht
Zimmer
mit oder ohne Mittagstisch.
Angebote unter Nr. 9694 an
die Geschäftsst. d. Zeitung.

Reparaturen
werden schnell und billig,
auf Wunsch in einer Stunde
ausgeführt.
Gust. Hildebrandt,
Herford, Clarastrasse 9.

Hermann Gronemeyer
Blünderstr. 11 (Eing. Goltzstr.)
Anfertigung
orthopädischer
und naturgemässer
Fussbekleidung unter
Garantie für guten Sitz.
Zugelassen vom Sanitätsrat
des VII. A.-K. als Lieferant
für **Kriegsbeschädigte**.
Silberne Medaille.

Metallbetten
Stahlrahmenbetten, Kinder-
betten, Polster an Federn,
Katalog frei. **Eisenmöbel**
fabrik, Suhr i. Thür.

Herforder Zeitung

Bezugs-Preis 4.00 Mark
monatlich. Bei Postbezug
4.00 Mark und Bestellgeld. Die
Zeitung erscheint täglich, außer
Sonntagen und Feiertagen, mittags

für Stadt

Druck und Verlag Fr. Kuhle
Geschäftsstelle: Herford,
Königsstraße 29/31



und Land

Fernsprecher Nr. 85 und 181
Postfachkonto Nr. 5796
Scheidt-Hamm

Anzeigenpreis 20 Pfennig

die 1 Spalt. 10 Zeilen oder
deren Raum für Stadt u. Land-
kreis Herford, sonst 25 Pfennig.
Kleinanzeigen die Zeile 2.00 Mark

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Ämlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 187. (Zweites Blatt.)

Herford, Mittwoch, den 11. August 1920

38 Jahrgang.

Die Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht.

Von Pfarrer A. Koroll, M. d. R.

Der Reichstag hat am 30. Juli nach heftigen Debatten dem Gesetzentwurf über die Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht und die Regelung der Dauer der Dienstverpflichtung zugestimmt. Obwohl bereits in der neuen Verfassung mit Rücksicht auf den Versailles-Friedensvertrag die allgemeine Wehrpflicht aufgehoben war, bestanden unsere Feinde, ängstlich und gewalttätig wie sie sind, auf einem nochmaligen ausdrücklichen Verzicht auf die allgemeine Dienstpflicht in einem besonderen Gesetz.

In der Besprechung prallten die Gegensätze der äußersten Rechten und Linken in heftiger und zum Teil unwürdiger Weise aufeinander. Sah die eine Seite nur Glanz und Ehre in unserer alten, aus der allgemeinen Wehrpflicht hervorgegangenen Heere, so beschimpfte es die andere als den Hort der Unterdrückung, Verdrängung und Grausamkeit. Das sind ganz ungeheuerliche und unerträgliche, im deutschen Reichstag zumal unwürdige Schmähungen. Das Heer hat natürlich seine dunklen Punkte gehabt. Die jetzt auch abgeschaffte Militärgerichtsbarkeit gab immer und immer wieder zu den heftigsten, berechtigten Klagen Anlaß. Wie im Gerichtsverfahren, so war es auch sonst die unterschiedliche Behandlung nach den verschiedenen Rücksichten, die unser Heer nicht zu einem wahren Volksheldentum auszuwachsen ließ. Der Unterschied in der Dienstzeit hätte längst aufgehoben werden müssen; die Beförderung zum Offizier, die tatsächlich das Vorrecht bestimmter Klassen war, mußte rechtzeitig auf andere Grundlagen gestellt werden. Welche tragischen Folgen für den Kriegsausgang gerade dieser Kastengeist beigetragen hat, weiß jeder Kriegsteilnehmer zu genau. Die Ideen Schopenhauers und Nietzsches sind nie mit Ernst durchgeführt worden, so oft sie auch in schönen Reden gepriesen wurden.

Im Ganzen aber bleibt die Leistung unseres Heeres im Frieden und im Kriege so groß, daß, wie der demokratische Abgeordnete Haas mit Recht sagte, niemand mit Haß und Verachtung sprechen darf. Unserer Soldaten Schuld ist es wahrlich nicht, daß der Krieg verloren ging. Es hat nie ein tapfereres und ohne jede Ruhmredigkeit mutigeres und geduldigeres Heer gegeben als das deutsche, das über vier Jahre trotz allen Entbehrungen und Fehlern der ganzen Welt Stand gehalten hat. Seine Vergehen im Kriege werden maßlos übertrieben, was bei den Gegnern verständlich, bei Deutschen unverständlich ist. Wägen sich die Ankläger einmal die Tatsachen umständlich in den besetzten Gebieten ansehen, um das zu erkennen, daß hier im Frieden Dinge geschehen, die ihnen das Recht nehmen, immer und immer wieder das deutsche Kriegsheer so zu schmähern.

Dazu kommt, daß die militärische Erziehung im Frieden doch auch, unumkehrbar, für das ganze Leben fortdauernde Vorzüge für Millionen Volksgenossen gebracht hat. Für den Körper kann das überhaupt nicht bestritten werden. Der Gedanke der Hingabe und Unterordnung mag oft übertrieben und mit falschen Mitteln durchgeführt worden sein; aber die gegenwärtige schrankenlose Selbstherrschaft, die durch die allgemeine Wehrpflicht Hingabe an den Staat und Unterordnung unter gemeinsame Ziele zu fördern, gesund und notwendig war und bei der fortschreitenden Demo-

kratisierung unseres öffentlichen Lebens auf dem Wege durchgreifender Reformen seine Mißbräuche bis auf einen Rest allen menschlichen Einrichtungen anhängender Unvollkommenheit hätte entleert werden können.

Ist ja doch die allgemeine Wehrpflicht, die aus der französischen Revolution mit ihren ungeheuren Ansprüchen an und ihren weittragenden Verheißungen für das ganze Volk hervorgegangen und vom preussischen Staat übernommen worden ist, eine durch und durch demokratische Forderung. Jeder soll Körper und Geist üben und dem Vaterlande für Verteidigung zur Verfügung stellen. Wenn diese auch in das Erfurter Programm übernommene Forderung heute von den extremen Sozialisten verleugnet und in ihrer deutschen Verwirklichung geschmäht wird, so könnte man die Herren und die offenbar besonders fachkundigen Herren der Unabhängigen an die Sowjetarmee erinnern; doch das ist wie auf anderen Gebieten zwecklos. Dort ist es immer etwas anderes. Der Gott Sowjet verträgt keine Kritik und seine Gläubigen sind die größten Zeilen der gesamten Kirchen- und Weltgeschichte.

Einfichtige Volksfreunde vertreten schon lange, auch als wir die militärische Dienstpflicht noch hatten, die Einführung eines allgemeinen wirtschaftlichen Dienstjahres für die männliche und die weibliche Jugend. Soweit mit diesen Ideen utopisch-sozialistische Verbundenheit sind (wie zuletzt in dem Buch von Ballou, „Das neue Deutschland“) können sie erst nach einer gewissen Zeit in der Zukunft verwirklicht werden. Körperliche Arbeit wird auch von den Jugendlichen in Landwirtschaft und Gewerbe schon jetzt ausreichend geleistet, aber den Söhnen und Töchtern der sogenannten besseren Kreise wäre dieses Regime außerordentlich gesund. Moralische Beeinflussung geschieht, wenn auch entfernt noch nicht in ausreichendem Maße, durch Jugendorganisationen verschiedenster Art. Es bleibt aber bei der Forderung des allgemeinen wirtschaftlichen Dienstjahres noch die Idee der Arbeit und Bildung für Volk und Staat, nicht für sich und den engeren Lebenskreis.

Die Abgeordneten Schilling und Schiffer hatten darum eine Entschließung im Reichstag eingebracht, er solle die Regierung ermahnen, Maßnahmen zu treffen, die früher mit der allgemeinen Wehrpflicht verbundenen erzieherischen Wirkungen durch Einführung eines allgemeinen wirtschaftlichen Dienstjahres zu erzielen. Die Entschließung ist bei grundsätzlicher Zustimmung aus den verschiedensten Parteien wegen verschiedener Bedenken, die in unserer äußeren und inneren politischen Lage gegeben sind, nicht zur Abstimmung gelangt; aber sie hat einen Gedanken in die öffentliche Erörterung geworfen, der es verdient, von allen Volks- und Jugendfreunden durchdacht zu werden.

Ein großes Volk wie das deutsche kann ohne Einrichtungen für die allgemeine Durchbildung der Jugend für staatliche Aufgaben nicht bestehen. Die allgemeine Wehrpflicht, der so wie so eine wirtschaftliche Dienstpflicht weiter Schichten der weiblichen Jugend hätte zur Seite treten müssen, ist zerfallen. Ihr wertvoller Kern wird fortleben und sich einen neuen Körper schaffen. Wer allerdings fragt es zu sagen, wie er aussehen wird? Wir leben auch hier wie auf so vielen Gebieten im Stadium des Suchens.

Die Mietssteuer als Gemeindesteuer.

Von Dr. Schmidt in Gröbers bei Halle a. S.

Das Reichs-Landesteuergesetz hat den Ländern und Gemeinden die Besteuerung des Grund und Bodens und des Gewerbebetriebes überlassen. Das Preussische Kommunalabgabengesetz hatte es bereits als Grundsatz aufgestellt, daß die Gemeinden ihren Steuerbedarf vorzugsweise aus den sogenannten Realsteuern decken sollten. Schon vor dem Kriege, ganz besonders aber infolge der gestiegenen Finanznot der letzten Jahre waren die Gemeinden zu einer immer stärkeren Inanspruchnahme der Realsteuern übergegangen. Soweit die Besteuerung des bebauten Grundbesitzes in Frage kommt, ist eine Steigerung der Steuern kaum mehr möglich. Jede Steuer wird von dem Betroffenen abgewälzt: der Angestellte und Arbeiter verlangt höhere Bezahlung, der Fabrikant erhöht die Preise des Fabrikates, der Händler die Verkaufspreise, der Hauseigentümer die Mieten. Durch die Bestimmungen über Einführung von Höchstpreisen für Mietzinssteigerungen ist aber dem Hauseigentümer eine Grenze gesetzt worden im Abwälzen. Infolge des Abwägens wird durch die Steuer der Verbraucher und vorwiegend die große Masse der minderbemittelten Verbraucher getroffen, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß der abgewälzte Betrag sich dabei fast immer vergrößert. Mietssteigerungen treffen die kleinen Wohnungen in der Regel verhältnismäßig stärker als die großen. Im Interesse der Mieter würde es liegen, wenn die Steuer vom bebauten Grundbesitz nicht vom Hauseigentümer, sondern vom Mieter, der sie ja schließlich doch indirekt tragen muß, erhoben wird. Der Mieter trägt dann nur die einfache, nicht durch die Abwälzung vergrößerte Steuer, und außerdem ließe sich ein jetzt völlig fehlender sozialer Ausgleich durchführen. Verfehlt wäre es allerdings, die Steuer, soweit sie bisher dem Hauseigentümer zur Last fiel, diesem abzunehmen und dem Mieter aufzulegen, denn eine ausgleichende Ermäßigung der Mieten würde dann doch nicht eintreten. Dagegen würde es richtiger sein, wenn die Gemeinden ihren weiteren Steuerbedarf nicht durch eine Erhöhung der Steuer vom bebauten Grundbesitz, sondern durch eine Mietssteuer in Form einer Aufwandssteuer decken.

Durch § 23 des Kommunal-Abgaben-Gesetzes ist die Neueinführung gestattet, das Abgeordnetenhaus dagegen das Verbot in das Gesetz eingefügt. In den wenigen Städten, in welchen damals noch eine Mietssteuer erhoben wurde, war sie als eine rohe prozentuale Abgabe von der Miete bekannt. Deshalb wurde sie als eine unsoziale Steuer angesehen und abgelehnt. Man hat es für schwierig gehalten, sie den einzelnen Bevölkerungsklassen ausgleichend anzupassen und aus diesen Gründen und weil ferner die damaligen Steuerbedürfnisse der Gemeinden mit Leichtigkeit an-

rinnen aus. Mangel an männlichem Personal und die dadurch bedingten hohen Lohnforderungen sind die Ursache dieser Neuierung.

Für unsere Frauen.

Witwen-Not.

Zu den traurigsten Kriegsfolgen gehört die materielle Notlage der Kriegshinterbliebenen, die trotz gelegentlicher Teuerungszulagen durch die wirtschaftliche Entwicklung besonders verschärft wird.

Witwen-Not! Ein trauriges Kapitel und, es läßt sich für alle Stände nachweisen. Auch die neue Beamtenbesoldungsreform hat in der Frage der Hinterbliebenenversorgung noch viel zu wünschen übrig gelassen. Es ist aber, wie wir in der Zeitschrift „Die Frau“ lesen, unbedingt notwendig, die Frage der Witwenrenten nicht nur mit Rücksicht auf den augenblicklichen Notstand, Teuerungszulagen und dergleichen, sondern als ein ganz neues, sozialpolitisches Problem zu betrachten, das darum um so schwieriger wird, weil die alte Form der Entlohnung von Erbsparnissen, durch die gewöhnliche, vermögenslose Männer für ihre Familien Vorzüge trafen, sich heute durch die Verhältnisse so gut wie verbietet. Schon die Statistik von 1907 hat etwa 1 1/2 Millionen nichtverheiratete Witwen in Deutschland nachgewiesen. Von ihnen etwa 139 000 Beamtenwitwen, von denen 98 000 Pensionen empfangen. Die Vermögenslosigkeit dieser Pensionen bedingt eine Notlage, die sicherlich in der Mehrzahl der Fälle weit drückender ist, als die sogenannte proletarische Form der wirtschaftlichen Not. Ein verarmter Staat ist natürlich nicht in der Lage, mit seinen Mitteln für das soziale Existenzminimum aller aufzukommen, die nicht selbst für sich sorgen können oder können. Das aber, was bisher für die Beamtenwitwen geschehen ist, ist zu wenig, vor allen Dingen im Verhältnis zu dem Interesse, das andere notwendige Bevölkerungsklassen bei den Regierungen gefunden haben. Es ist ein richtiger und guter Gedanke, daß die Beamtenwitwen, wie neuerdings angestrebt wird, sich zu einer Organisation zusammenschließen, die jede Art von wirtschaftlicher Interessenvertretung und Hilfeleistung übernimmt, die durch die Sachlage nötig wird.

Die gleichen schweren Not leiden die Kriegervitwen, die mit den ihnen zustehenden Hinterbliebenenentschädigungen ebenfalls in der Mehrzahl einer drückenden Notlage ausgesetzt sind. Auch sie haben sich in Organisationen zusammenschlossen, um auf dem Weg wirtschaftlicher Selbsthilfe ihre Lage nach Möglichkeit zu verbessern.

Der früher so gehäufte Gedanke für Kriegshinterbliebene, der sie zu wirtschaftlicher Unabhängigkeit führen sollte, mußte ja mehr und mehr aufgegeben werden. Das Problem der Heimarbeit tritt wieder stärker in den Vordergrund.

Nicht es doch den Organisationen, die sich mit der Hebung der Notlage hinterbliebener Frauen befassen, gelingen, ihnen den meist durch die Sorge um heranwachsende Kinder doppelt schweren Weg des Existenzkampfes etwas zu erleichtern.

Die organisierten Hausväter. Auch die Hausväter folgen dem Zug der Zeit und schließen sich zu berufständischer Vereinigung zusammen. In Berlin hat sich, in engem Anschluß an die Zentrale der Hausfrauenvereine der Verein der Hausväter Groß-Berlins gebildet, der die Bewertung der Leistungen als Hausväter im Berufsstand aufstellt und eine geregelte hauswirtschaftliche Ausbildung durchführt. Vorträge, Vorträge und Besichtigungen sollen diesem Ziele dienen. In der Aussprache anlässlich der Gründungsversammlung trat eine Schwester für die Ausbildung der Hausväter in der Säuglingspflege ein. Ein solcher Kursus soll im September eingerichtet werden. Ferner soll die Anregung einer Vereinigung ausgeführt werden, die Kinder solcher berufstätigen Frauen, die die Kosten für eine Kinderpflegerin nicht aufbringen können, zu gemeinsamem Aufenthalt im Freien zu sammeln und von „Kinderpflegerinnen“ beaufsichtigen zu lassen.

Schöne Titel. Wahre Titelkinder, von denen diesmal auch die Frauen profitieren, sind im preussischen Justizministerium beschäftigt worden. In diesem Ministerium als Hilfsbuchhalterinnen beschäftigten Beamten heißen künftig „diätetische Strafanstalts-assistentinnen“, während sich die im Strafanstaltsdienst tätigen Hilfsbuchhalterinnen nunmehr den martialischen Titel „Strafanstalts-nachweiserinnen“ beilegen dürfen.

Weibliches Straßenbahnpersonal in Japan. Während bei uns die Frauen fast ganz aus den sogenannten „Kriegsberufen“ wieder verschwunden sind, geht man in Japan daran, sie ihnen zu erwischen. Die elektrische Straßenbahngesellschaft in Nagasaki bildet zurzeit eine ganze Anzahl junger Mädchen zu Straßenbahnführerinnen aus.

Praktische Winke.

Italienische Gemüsesuppe. allerlei Gemüse, z. B. Möhren, Sellerie, Lauch, Rüben, Kohlrabi, Wirsingfenchel, eine Mittelschüssel, eine Knoblauchzede, drei Kartoffeln in erbsengroße Würfel schneiden, mit einem Eßlöffel Butter, Margarine, ein wenig gewürfeltem Speck oder gutem Öl andampfen. 1 1/2 Liter Fleischbrühe oder Wasser und zwei Brühwürfel aufgießen und eine Stunde kochen lassen. Alsdann zwei Eßlöffel gewaschenen Reis, die gleiche Menge kleingewürfelte Makkaroni oder Nudeln, zwei frischgehaltene, abgezogene, ausgebrühte, zerhackte Tomaten, eine Prise Salz und Paprika beifügen und weich kochen. Je eine halbe Oberflächengrüne Erbsen und Bohnen tut man hinein. Vervollständige die Suppe, welche dickgebunden, dreierlei sein muß, durch einen halben Teelöffel gewiegte Petersilie oder Kerbel, eine Messerspitze Basilikum, Stäbchen Muskatnuss, einen Teelöffel Estragon und streue beim Auftragen geriebenen Käse über.

Abgabergemüse. Die Abgabergemüse werden geschält, in gleichgroße Stücke geschnitten und mit siedendem Wasser überbrüht. Nach dem Abtropfen gibt man den Abgabergemüse in zerlassenes Speisefett, streut Salz und Zucker darüber und läßt das Gemüse gar werden. Man bindet die Tunkte mit angequirltem Kartoffelmehl und schmeckt mit Zitronensaft ab.

Gebundene Haiserfäden mit Johannisbeeren. 250 Gramm Haiserfäden überzieht man mit zwei Eiertassen Milch und läßt sie darin 6 Stunden weichen, worauf man 2 Eier, 100 Gramm Mehl, 50 Gramm Zucker, etwas abgeriebene Zitronenschale und Saft und ein Paket Lebkuchen Backpulver durchmischt. Ein Kilogramm Johannisbeeren werden leicht eingezuckert, dann eine Pfanne eingefettet und abwechselnd mit dem Haiserfäden und den Beeren gefüllt. Man backt die Speise 1 1/2 Stunden langsam im Ofen. Zu ihr gibt man eine Fruchtstücke aus frischen Johannisbeeren.

derweitig gedeckt werden konnten, keinen Wert auf die Steuer gelegt. Heute ist aber die Lage der Gemeinden in zweifacher Beziehung eine verzweifelte: das Finanzelend und die Inanspruchnahme der verbliebenen Steuerquellen durch das Reich und wahrscheinlich den Staat. Gerade eine Mietssteuer erscheint richtig ausgestaltet, als Gemeindesteuer berufen. Vom Standpunkte der notleidenden Gemeinden ist zu fordern, daß bei Erlass des Ausführungsgesetzes zum Reichs-Vandesteuergesetz unter Aufhebung des § 23 Abs. 3 und 4 des Kommunal-Abgabengesetzes den Gemeinden die Einführung von Mietssteuern als Aufwandssteuern — also als sogenannte indirekte Steuer — gestattet wird, wobei den Gemeinden aufzugeben ist, die Steuer nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit bis zur gänzlichen Freilassung abzustufen. Eine solche Abstufung macht gar keine Schwierigkeiten, läßt sich in einfache Normen kleiden und erschwert die Veranlagung nicht.

Die Gestaltung der Steuer geht aus dem nachstehenden Muster einer Steuerordnung hervor.

§ 1. Im Gemeindebezirk wird eine Mietssteuer als Aufwandssteuer nach Maßgabe dieser Steuerordnung erhoben.

§ 2. Der Steuer unterliegen die Wohnräume nebst Zubehör nach Maßgabe der dafür vereinbarten Miete. Wohnungen im eigenen Hause sowie Wohnungen, die dem Inhaber als Teil des Arbeitseinkommens (Dienstwohnungen) oder in Erfüllung von Unterhaltungsverpflichtungen (Altenheim usw.) ohne Miete gewährt werden, werden mit dem Mietswert vom Steueraussschuß eingeschätzt.

Befreiungen von dieser Steuer finden statt, soweit sie auf reichs- oder landesgesetzlicher Vorschrift oder diplomatischen Vereinbarungen beruhen.

§ 3. Die Miete oder der Mietwert, welche der Steuer zugrunde gelegt werden, berechnen sich wie folgt:

Maßgebend sind die Mietsbeträge, wie sie sich aus Mietsabkommen oder Einschätzungen für den Zeitraum des jeweiligen Steuerjahres ergeben. Wird eine Wohnung im Laufe des Steuerjahres bezogen, so ist der für den Rest des Steuerjahres sich ergebende Mietsbetrag oder Mietswert maßgebend. Ist in dem Mietsbetrage eine Vergütung für Heizung, Beleuchtung, Warmwasser-Versorgung mitenthalten, so kommt dafür ein entsprechender Betrag nach den Festsetzungen des Steueraussschußes in Abzug.

Der Mietsbetrag bzw. Mietswert wird multipliziert mit einem Bruch, dessen Zähler durch die Zahl der Wohnräume aber ohne Küche, Speise- oder Räucherzimmer usw., Klosterräume, aber einschließlich besonderer Baderäume, dessen Nenner durch die Zahl der darin dauernd wohnenden, politisch gemeldeten Personen dargestellt wird. Dienen die Wohnräume gleichzeitig der Geschäftstätigkeit des Inhabers oder seiner Untermieter, so scheiden sie bei der Ermittlung des Bruches aus. Dazu gehören u. a.: Sprech- und Wartezimmer der Ärzte, Arbeitszimmer der Schriftsteller, Arbeitsräume der Handwerker usw. Sind Wohnräume gleichzeitig mit gewerblichen Räumen vermietet, zum Beispiel Läden, so wird der auf die Wohnräume entfallende Teil der Miete vom Steueraussschuß ermittelt und festgesetzt. Dasselbe findet statt, wenn zu der Wohnung Vorgärten gehören.

Von dem sich hiernach ergebenden Jahresbetrag kommen 500 M. in Abzug.

§ 4. Die Steuer beträgt 5 v. H. des sich aus § 3 ergebenden Betrages und ist in vierteljährlichen Teilen in der ersten Hälfte des Mai, August, November und März zur Gemeindekasse zu entrichten. Steuerbeträge auf das Jahr berechnet unter 4 M. bleiben außer Zahlung.

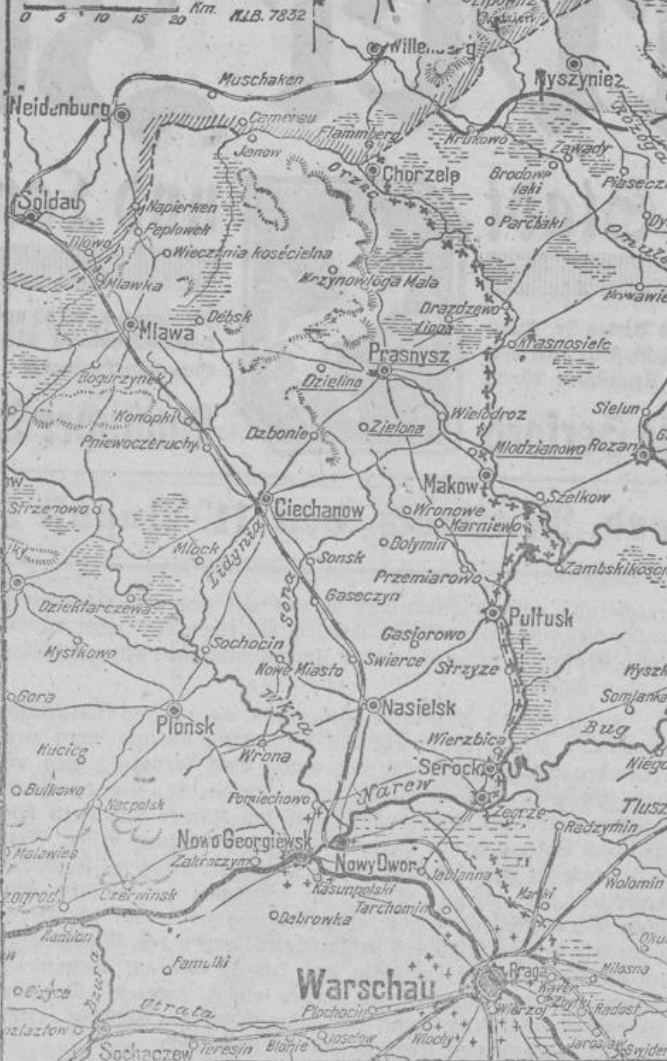
Zur Entrichtung der Steuer ist der Inhaber der Wohnung verpflichtet. Diese Verpflichtung greift auch Platz, wenn der Wohnungsinhaber Räume seiner Wohnung an Untermieter weitervermietet hat.

Verzichtet ein Wohnungsinhaber im Laufe des Steuerjahres aus seiner Wohnung, so hört die Steuerpflicht mit dem Zeitpunkte auf, mit welchem die Mietszahlung endet. Eine Ausnahme findet statt, wenn die Wohnung auf Grund des § 570 BGB. gekündigt ist, vom Ablauf des Monats ab, in welchem der kündigende Inhaber die Wohnung geräumt hat und sie nicht anderweit benutzt wird.

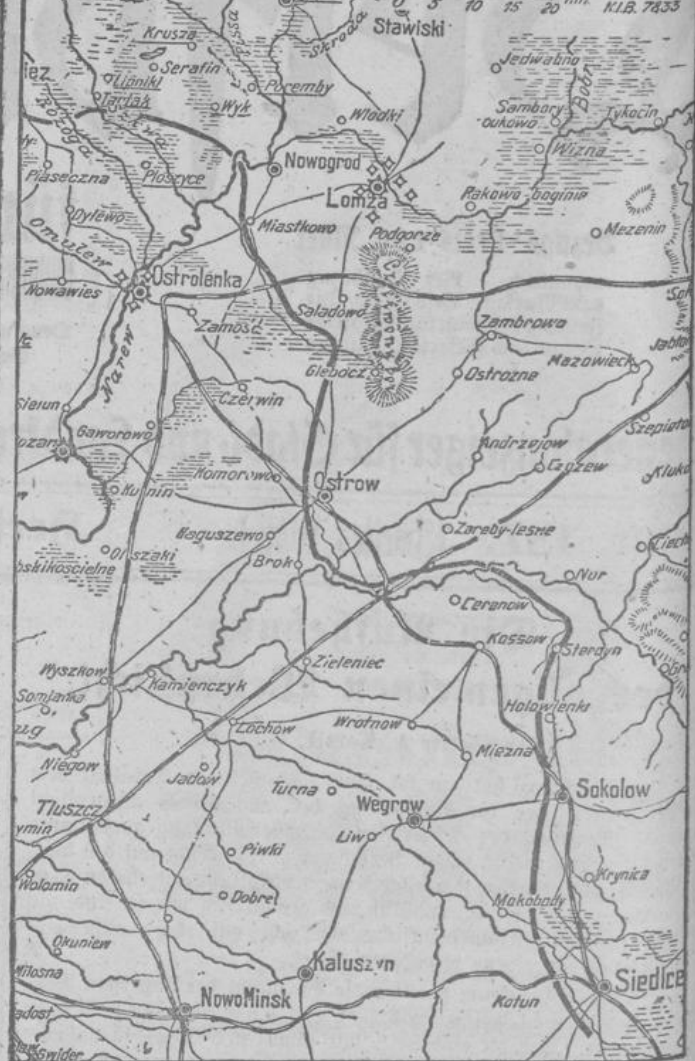
Warschau als Kunststadt.

Es ist sowohl vom allgemeinen menschlichen als auch vom kunstgeschichtlichen Standpunkte aus interessant zu erfahren, welche Kunstschätze die polnische Hauptstadt aufweist. Für uns Deutsche ist dies besonders deshalb angenehm, weil mehrere deutsche Künstler in Warschau zeitweise gewirkt haben. Wenn auch nicht alle ihrer Bauten zu den schönsten der Stadt gehören, so bilden viele von ihnen doch in der Entwicklungsgeschichte dieser Kunstler wertvolle Bindeglieder. Das beste von einem Architekten stammende Baudenkmal Warschaws ist der Kronenbergische Palast, der im Jahre 1869 von dem Erbauer der Berliner Börse, Friedrich Hübner, in italienischem Renaissancestil erbaut wurde. Von Warschau her kam Schiller nach Berlin, doch war seine künstlerische Tätigkeit dort sehr beschränkt. Auch der Erbauer des Dresdener Zwingers, Pöppelmann, war in Warschau. Er baute dort für August den Starken das Sächsisch-Palais, das jedoch im Jahre 1842 abgerissen wurde. An seiner Stelle wurde ein häßlicher Kolonnenbau aufgeführt, in dem seit 1869 die Verwaltung des Warschauer Militärbezirks sitzt. Unter den sächsischen Kunstler, denen Warschau viel künstlerischen Schmutz verdankt, entstand das ehemalige Brühlische Palais, das Schloß des Fürstlings August III. Noch ist in seinen stilvollen Räumen jetzt das Telegraphenamt untergebracht. Das alte polnische Königschloß, dessen Anfänge bis in die Zeit der masurenischen Herzöge zurückreichen, macht in architektonischer Hinsicht keinen einheitlichen Eindruck, da fast jede Generation daran herumgebaut hat. Die letzte bauliche Ausschmückung haben Johann Sobieski und Stanislaus Poniatowski daran vorgenommen. Es liegt als größte Sehenswürdigkeit den ehemaligen Thronsaal, doch sind die wertvollsten Kunstschätze und Kostbarkeiten aus der Zeit der polnischen Könige im Jahre 1831 nach Petersburg und Moskau geschafft worden. Das feinste Baudenkmal aus dem 18. Jahrhundert ist das sogenannte „Kleine Russischschloß“, das König Stanislaus Poniatowski in den Jahren 1767 bis 1788 im italienischen Stil ausführen ließ. 1817 erwarb es Kaiser Alexander I., der sich oft darin aufgehalten hat. Es enthält einen von Bacarelli ausgeschmückten Saal, den Salomonssaal, in dem die Geschichte Salomons in seinen Fresken dargestellt ist. Warschau besitzt eine wertvolle Gemäldesammlung. 350 Meister sind darin vertreten. Die Hauptstücke sind einige vorzügliche Werke, ferner Werke von Schafnässen, Hans Baldung Grien, Jordaens, Rembrandt und Zur-

Die Front nördlich Warschau.
— beständige Stellung der Polen
— russische Front vom 4/8. 20



Die Front nordöstlich Warschau.
— russische Front vom 4/8. 20



§ 5. Die Veranlagung der Steuer geschieht vom Steueraussschuß. Der Ausschuß besteht aus . . . Personen, welche auf die Dauer eines Steuerjahres aus den stimmungsberechtigten Bürgern von der Stadtverordnetenversammlung gewählt werden. Gleichzeitig werden . . . Stellvertreter gewählt, welche nach der Reihenfolge der Wahl beim Ausscheiden eines Mitgliedes an dessen Stelle eintreten.

§ 6. Die Eigentümer oder Nießbraucher eines bebauten Grundstücks haben auf Aufforderung des Magistrats Auskunft über die benutzten Räume, deren Mieter, die vereinbarten Mietspreise und die Zahl der in den Räumen wohnenden Personen zu geben.

§ 7. Der Steuerpflichtige erhält über die von ihm zu entrichtende Steuer eine Veranlagung seitens der Magistrats.

Gegen die Veranlagung steht dem Pflichtigen innerhalb vier Wochen vom ersten Tage nach Zustellung der Veranlagung ab der Einspruch bei dem Magistrat offen. Der Einspruch hat auf die Verpflichtung zur vorläufigen Zahlung der Steuer keinen Einfluß.

Steuerrückstände unterliegen der Beitreibung im Verwaltungszwangverfahren.

§ 8. Inwiderhandlungen gegen diese Steuerordnung unterliegen einer Geldstrafe bis zu 30 M.

In welcher Weise die Steuer als Aufwandssteuer wirken würde, geht aus nachstehenden beiden Beispielen hervor. 1. Ein Unterbeamter hat für seine Frau und vier Kindern bestehende Familie eine Wohnung von drei Zimmern nebst Küche für 800 M. jährlich gemietet. Der Mietsbetrag ist mit drei Sechstel zu multiplizieren und ergibt 400 M. Hier von ab 500 M. Steuer ist nicht zu bezahlen. Hätte der Mieter keine Kinder und würde sich die Wohnung leisten, dann wäre der Mietspreis mit drei Halbe zu multi-

plizieren = 1200 M. Hier von ab 500 M., von dem Rest von 700 M. 5 v. H. = 35 M. Steuer. Der Mieter versteuert dann den Aufwand, den er für seine Verhältnisse mit der Drei-Zimmer-Wohnung macht.

2. Es hat jemand eine Wohnung von zehn Zimmern, gesondertem Baderaum und zwei Dienstbotenräume und zahlt dafür 5000 M. Die Familie besteht aus vier Köpfen und zwei Dienstboten. Steuerbarer Mietszins 5000 × drei Zehntel = 1500 M. Hier von ab 500 M. × 10/300 M. Steuerbetrag 515 M.

Diebstahlkraft u. Lebenskraft erhalten u. geben

Blutreinigung, Brust-Lungen-Husten-Blutarmut, Asthma, Verkalkungs-Nerven-Magen-Leber-Nieren-Blasen-Unterleibs-Gicht-Rheuma-Herz-Wurm-Gallenstein-Stuhlverschlüsse-Kräutec

Zusammensetzung auf jedem Polster
zu haben in Apotheken u. Drogerien, Aufklärungsschrift gratis
durch A. Dorfscheider & Co. Nachf. G.m.b.H. Bad Godesberg

Vorläufig bei:
W. Jisemann, Renn-Drogerie, Herford, Rennstr. 21.

Unsere heutige Nummer umfasst 10 Seiten.

Verantwortlicher Redakteur: Joseph Herbert Reis; für den Inzeratenteil verantwortlich: G. Befe; beide in Herford.

baran. Die Kirchen Warschaws sind wenig beachtenswert, da sie zur Hauptsache aus neuerer Zeit stammen. Dagegen sind einige gute Denkmäler vorhanden. So z. B. ein Bronzebild des Kopernikus nach dem Entwurf Thorwaldsens, ein Marmorstandbild in Warschau beigelegten Choppins von Marconi, ein Reiterstandbild Johann Sobieskis in Sandstein und eine große Gedächtnisgruppe zu Ehren der am 29. November 1830 gefallenen treugebliebenen polnischen Generale.

Es ist zu hoffen, daß die Russen bei einem eventuellen Einmarsch an den Kunstschätzen Warschaws nichts rühren werden.

Im Segelboot um die Welt. Ein englischer Segler namens Ralph Stod hat es sich in den Kopf gesetzt, im Segelboot einen „trip“ um die Welt zu machen. Auf einem kleinen Rutter „Ogre“ fuhr er, begleitet von seiner Schwägerin und einem Freund, im Oktober vorigen Jahres von Brighton in England ab und jetzt sind die ersten Nachrichten aus Sydney von ihm eingetroffen. Stod erzählt in seinem Brief, daß die Reise sehr angenehm war. Bis Vigo in Spanien brauchten sie vier Tage, von dort bis nach Las Palmas auf der Kanarischen Inseln zehn Tage. Dann ging es, mit Kurs nach Westindien, auf den Atlantik hinaus. Die Reise bis Barbados nahm dreißig Tage in Anspruch, von denen man vier wegen Windstille festlag, und die Befahrung vergnügte sich in dieser Zeit mit Schwimmtouren. Von Barbados machten sie eine Tour um die Windward-Inseln (einen Monat), dann nach Colon (sieben Tage) und darauf durch den Panamakanal in den Stillen Ozean. Die Pacificfahrt begann mit einer Tour zu den Perleninseln; dann segelten sie in sieben Tagen nach den Galapagos-Inseln und von dort in siebenundzwanzig Tagen nach Marquitos. Weiter ging die Reise nach Paumotu und Papete auf Tahiti. Hier ruhten sie einige Tage und setzten den Kurs auf Australien. Unterwegs besuchten sie eine Anzahl abseitsliegender Inseln und kamen Ende April in Sydney an. Einen Hilfsmotor verwendeten die Segler nur bei der Ein- und Ausfahrt in den Häfen und zwischen Riffen. Der „Ogre“ hat sich als ausgezeichnetes Boot erwiesen.

Amerikanische Kinoskars in Paris. Dieser Tage ging es, wie „Figaro“ berichtet, in den Pariser Hallen wieder einmal hoch her. Die Inhaber der Stände waren in Feiertagskleidern erschienen, der

die Fleischergehilfen hatten die Eingänge mit Tannenreisig, frischen Blumen und kleinen Fähnchen ausgeschmückt, so daß schon Stimmen im Publikum laut wurden, die Markthändler gedachten der passifischen Volksstimmung zu gehören und auch ihrerseits Frieden mit den hart bedrängten Konsumenten zu schließen, sobald an sich nurmehr bad auf billiges Obst und wohlfeiles Kalbfleisch werde gefacht werden können. Allein diese Vermutung erwies sich wie jede Hoffnung auf einen endlichen Preisabbau, als durchaus irrig. Im Gegenteil, die Käufer wurden heute noch ungeduldriger und herablassender als sonst behandelt. Zwischen der Kirche von St. Eustache und der Rue Turbigo war eine kleine Tribüne errichtet worden, einige Marktagelassen in reichlichem Sonntagsstaat standen dort als eine Art Empfangskomitee, ein Kinosoperator und mehrere Photographen hantierten an ihren Apparaten, und alles deutete darauf hin, daß irgend eine hochwichtige Persönlichkeit erwartet werde. Das Gedränge der Neugierigen wurde immer größer und schließlich verbreitete sich unter dem Publikum die Nachricht, daß alle diese Vorbereitungen dem Empfangen gälten, welchen die Inhaber der Hallen den in Paris wohnenden bekannten amerikanischen Filmstars Mary Pickford und Douglas Fairbank bereiten wollten. Nachdem die Menge schon über eine Stunde lang in der größten Sonnenhitze ausgeharrt hatte, tauferte endlich gegen 12 Uhr mittags ein großes Auto heran, in dem sich die erwarteten Gäste befanden. Ein wahrer Jubel erschien die Leute zu erfassen. Man schwenkte die Hüte, warf Blumensträußen nach dem Wagen und zahlreiche Rufe wurden laut: „Wie lieblich sie ist! Sie ist in Wirklichkeit noch viel schöner als im Film!“ Als bald war der Wagen von hundert Menschen umdrängt, die alle „Mary“, die Trägerin so zahlreicher abenteuerlicher und tragischer Filmrollen, zu sehen wünschten. Ralph hatte sich gegen den Ansturm der Neugierigen eine kräftige Leibwache von Markthessern und Fleischergehilfen gebildet, welche das Paar umgaben und ihm den Weg in die Hallen wiesen. Dort wurde von Stand zu Stand gegangen, wobei die die ob ihres heftigen Zungenwalles sonst so geschickten Damen der Halle von ihrer Lebenswürdigkeit Seite zeigten und manch eine von ihnen sich in Erinnerung ergreifender Kinofolgen vor Mühung nicht halten konnte und die zarte Mary verzweifelt umarmte und abküßte. Nach beendetem Rundgang um die Stände wurden die beiden Kinofliege schließlich in das Bureau der Hallen geleitet, wo ein erlesenes Dejeuner bereitet stand und alsbald die ersten Champagnerpfropfen knallten.

